

BFH – Anhängige Verfahren

■ **AO § 122 Abs 2 Nr 1:**

Steuerbescheid, Bekanntgabe, Bekanntgabeadressat, Rechtsnachfolger

Bundesfinanzhof Az: VI R 16/24

Kann der Rechtsnachfolger erfolgreich den Zugang eines an die Erblasserin adressierten Einkommensteuerbescheids, den das Finanzamt mehr als zwei Jahre vor deren Tod zur Post gegeben hat, unter anderem aufgrund der wohlsortierten Nachlasswohnung bestreiten?

■ **AO § 152:**

Verspätungszuschlag, Ermessen, Pflichtverletzung

Bundesfinanzhof Az: XI R 19/24

Festsetzung eines Verspätungszuschlags: Sind bei der Ausübung des Entschließungsermessens die Folgen der Pflichtverletzung und die wirtschaftliche Wirkung des Verspätungszuschlags für den Steuerpflichtigen einzubeziehen?

■ **AO § 163:**

Billigkeit, Erstattung, Zinsen, Anspruch

Bundesfinanzhof Az: XI R 17/24

Unmittelbarer sich aus Unionsrecht ableitbarer Anspruch gegen die Finanzbehörde auf Erstattung von an Vorlieferanten zu viel gezahlter Mehrwertsteuer einschließlich Zinsen im Billigkeitswege (sog. Reemtsma-Anspruch) auch bei Berufung der Vorlieferanten auf Verjährung des Anspruches auf Rechnungsberichtigung?

■ **AStG § 1 Abs 1:**

Außensteuerrecht, Hinzurechnung, Fremdvergleich, Niederlassungsfreiheit, Kapitalverkehrsfreiheit

Bundesfinanzhof Az: I R 68/23

Welche rechtlichen Folgerungen sind aus der EuGH-Entscheidung Hornbach-Baumarkt vom 31.05.2018 - C-382/16, EU:C:2018:366 in Bezug auf nicht fremdvergleichskonforme geschäftliche Vorgänge zwischen verbundenen Unternehmen im EU-Raum zu ziehen?

■ **DBA LUX Art 18 Abs 3:**

Nichtselbständige Arbeit, Doppelbesteuerungsabkommen, Luxemburg

Bundesfinanzhof Az: VI R 21/24

Zur Frage des Besteuerungsrechts von Lohneinkünften eines bei einem Staatsorchester tätigen Musikers mit deutschem Wohnsitz nach dem Doppelbesteuerungsabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg.

■ **EStG § 19 Abs 1 S 1 Nr 1:**

Betriebliche Veranstaltung, Feierlichkeit, Sachleistung, Verabschiedung, Unternehmensleitung, Vorstandsvorsitzender, Verwaltungsanweisung

Bundesfinanzhof Az: VI R 18/24

Ob und in welchem Umfang stellt die von einem Unternehmen in ihren Geschäftsräumen ausgerichtete Feierlichkeit anlässlich eines Wechsels im Amt des Vorstandsvorsitzenden mit hunderten geladenen Gästen -darunter auch acht Familienangehörige-, wobei nicht alle Arbeitnehmer eingeladen waren, Arbeitslohn beim ausscheidenden Vorstandsvorsitzenden dar?

Zur Frage der Differenzierung der R 19.3 Abs. 2 Nr. 3 und 4 der Lohnsteuer-Richtlinien.

■ **EStG § 19 Abs 2 S 3:**

Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit, Versorgungsausgleich, Versorgungsbezüge, Versorgungsbeginn, Versorgungsfreibetrag, Zuschlag zum Versorgungsfreibetrag

Bundesfinanzhof Az: VI R 19/24

Zur Frage des Versorgungsbeginns für die Ermittlung des Versorgungsfreibetrags und des Zuschlags zum Versorgungsfreibetrag bei Bezug von Versorgungsbezügen vom Dienstherrn des früheren Ehegatten aufgrund einer nachträglich erwirkten gerichtlichen Abänderung des Versorgungsausgleichs nach § 51 Abs. 1 des Versorgungsausgleichsgesetzes.

■ **EStG § 19:**

Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit, Schifffahrt, Inland, Arbeitgeber, Ausland, Doppelbesteuerungsabkommen

Bundesfinanzhof Az: VI R 1/24

Unterliegen die von einem in der Republik Zypern ansässigen Arbeitgeber an einen in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Arbeitnehmer gezahlten Einkünfte aus einer Tätigkeit im Schiffsverkehr zwischen dem deutschen Festland und einer deutschen Nordseeinsel der deutschen Einkommensteuer?

■ **EStG § 20 Abs 1 Nr 1 S 2:**

Verdeckte Gewinnausschüttung, Darlehensforderung, Nahestehende Person

Bundesfinanzhof Az: VIII R 10/24

Kann eine verdeckte Gewinnausschüttung (vGA) bei Ausreichung eines Darlehens mit unsicherer Rückzahlung erst angenommen werden, wenn der Ausfall der Ansprüche feststeht oder ist bereits bei Ausreichung des Darlehens mit unsicherer Rückzahlung ein Zufluss und damit eine vGA beim Gesellschafter anzunehmen?

■ **EStG § 33 Abs 2:**

Außergewöhnliche Belastungen, Zwangsläufigkeit, Krebserkrankung, Nahrungsergänzungsmittel

Bundesfinanzhof Az: VI R 23/24

Sind ärztlich verordnete Nahrungsergänzungsmittel bei Krebserkrankungen zwangsläufig im Sinne des § 33 Abs. 2 des Einkommensteuergesetzes?

■ **EStG § 33 Abs 4 S 2:**

Außergewöhnliche Belastungen, Abwehr, Rückabwicklung, Prozesskosten

Bundesfinanzhof Az: VI R 22/24

Begehren auf Berücksichtigung von Zivilprozesskosten zur Abwehr der Rückabwicklung eines Übergabe- und Altenteilvertrags. Muss sich die nach § 33 Abs. 2 Satz 4 des Einkommensteuergesetzes (EStG) erforderliche Gefahr auf eine vorübergehende oder dauerhafte Existenzvernichtung (zum Beispiel im Sinne einer Erwerbsunfähigkeit) beziehen? Zur Frage der Auslegung des Tatbestandsmerkmals einer Befriedigung der lebensnotwendigen Bedürfnisse in dem üblichen Rahmen bei § 33 Abs. 2 Satz 4 EStG.

■ **EStG § 37b:**

Pauschalierung, Einkommensteuer, Arbeitgeber, Betriebliche Altersversorgung, Arbeitslohn, Sachbezug

Bundesfinanzhof Az: VI R 13/24

Handelt es sich bei den für ausländische Arbeitnehmer entrichteten Arbeitgeberbeiträgen an ausländische Pensionsfonds um Arbeitslohn in Form von Sachlohn, der gemäß § 37b des Einkommensteuergesetzes pauschal besteuert werden kann?

■ **EStG § 4 Abs 4:**

Verpflegungsmehraufwand, Betriebsausgabe, Erste Tätigkeitsstätte, Betriebsstätte, Fahrtkosten, Hafen

Bundesfinanzhof Az: VIII R 13/24

Fahrtkosten und Verpflegungsmehraufwand eines selbständig tätigen Lotsen. Stellt der Lotsenbezirk in einem Hafen eine großräumige Betriebsstätte dar, weil alle Fahrstrecken in einem durch normative Regelungen begrenzten Einzugsbereich umfasst sind und eine Lotsenstation als ortsfeste Einrichtung vorliegt?

■ **EStG § 6a Abs 3 S 2 Nr 1 S 3:**

Verdeckte Gewinnausschüttung, Pensionszusage, Steuerbefreiung, Zufluss, Pensionsverpflichtung, Übertragung

Bundesfinanzhof Az: VIII R 19/24

Übertragung einer Pensionszusage auf einen Pensionsfonds. 1. Muss im Hinblick auf das vereinbarte Pensionsalter bei einer wesentlichen Änderung der Pensionszusage nach der erstmaligen Zusage erneut geprüft werden, ob die Pensionszusage durch das Gesellschaftsverhältnis veranlasst ist? 2. Löst die Auslagerung der Pensionsverpflichtung gegen Zahlung eines Einmalbetrags den Zufluss eines Vermögensvorteils in Form einer verdeckten Gewinnausschüttung aus (§ 11 Abs. 1 Satz 1 EStG)? 3. Kann die Steuerbefreiungsvorschrift des § 3 Nr. 66 EStG auch auf eine verdeckte Gewinnausschüttung Anwendung finden?

■ **EStG § 9 Abs 1 S 1:**

Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung, Wohnungseigentümergeinschaft, Werbungskosten, Instandhaltungsrücklage, Erhaltungsrücklage, Verausgabung, Abfluss

Bundesfinanzhof Az: IX R 19/24

Stellen Einzahlungen in die Erhaltungsrücklage (vormals Instandhaltungsrücklage) nach der Novellierung des Wohnungseigentumsgesetzes durch das Wohnungseigentumsmodernisierungsgesetz vom 16.10.2020 (BGBl I 2020, 2187) mit einhergehender Rechtsfähigkeit der Wohnungseigentümergeinschaft bereits in diesem Zeitpunkt des Abflusses (§ 11 Abs. 2 des Einkommensteuergesetzes) ertragsteuerlich sofort abzugsfähige Werbungskosten bei einer vermieteten Wohnung dar, unabhängig von der späteren Mittelverwendung und deren steuerlicher Einordnung?

■ **EStG § 9 Abs 1 S 3 Nr 4 S 1:**

Betriebsstätte, Betriebsausgabe, Fahrten zwischen Wohnung und Betriebsstätte, Erste Tätigkeitsstätte

Bundesfinanzhof Az: VIII R 15/24

Welche Bedeutung kommt dem durch das Gesetz zur Änderung und Vereinfachung der Unternehmensbesteuerung und des steuerlichen Reisekostenrechts vom 20.02.2013 (BGBl I 2013, 285) in § 9 Abs. 1 Satz 3 Nr. 4 Satz 1, Abs. 4 Satz 1 EStG eingeführten Begriff der "ersten Tätigkeitsstätte" und den damit in Zusammenhang stehenden Regelungen (§ 9 Abs. 4 Satz 2 ff. EStG) für die Auslegung des Begriffs der Betriebsstätte in § 4 Abs. 5 Satz 1 Nr. 6 EStG zu?

■ **FGO § 52d S 2:**

Klage, Einreichung, Elektronischer Rechtsverkehr, Steuerberater

Bundesfinanzhof Az: VI R 17/24

War ein Steuerberater im Juni beziehungsweise Juli 2023 zur elektronischen Einreichung einer Klage nach § 52d der Finanzgerichtsordnung verpflichtet, wenn ihm die betreffende Einspruchsentscheidung im Juni 2023 vom Finanzamt zugestellt wurde?

■ **FGO § 63:**

Passivlegitimation, Kindergeld, Zuständigkeit, Wechsel

Bundesfinanzhof Az: III R 4/24

Passivlegitimation der Familienkasse Zentraler Kindergeldservice in Sachsen-Anhalt Nord (Standort Magdeburg): Ist der Vorstandsbeschluss der Bundesagentur für Arbeit Nr. 12/2022 vom 27.01.2022, soweit er die Zuständigkeit der Familienkasse Sachsen-Anhalt Nord der Bundesagentur für Arbeit, Zentraler Kindergeldservice, Standort Magdeburg, betrifft, hinreichend bestimmt mit der Folge, dass ein Zuständigkeitswechsel auf den Zentralen Kindergeldservice wirksam ist?

■ **GewStG § 10a S 10:**

Beteiligung, Erwerb, Gewerbeverlustr

Bundesfinanzhof Az: I R 17/24

Rückausnahme des § 8d Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 KStG für gewerbesteuerliche Zwecke anwendbar?

■ **GewStG § 8 Nr 5:**

Gewerbsteuer, Ausland, Auslandsdividende, Streubesitz, Verfassung, Ausschüttung, Kapitalgesellschaft

Bundesverfassungsgericht Az: 1 BvL 6/24

Es wird eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts darüber eingeholt, ob § 36 Abs. 4 des Gewerbesteuergesetzes i.d.F. des Unternehmenssteuerfortentwicklungsgesetzes vom 20.12.2001 (BGBl I 2001, 3858, BStBl I 2002, 35) auch insoweit gegen die verfassungsrechtlichen Grundsätze des Vertrauensschutzes aus Art. 20 Abs. 3 des Grundgesetzes verstößt, als er § 8 Nr. 5 des Gewerbesteuergesetzes i.d.F. dieses Gesetzes auf Ausschüttungen ausländischer Kapitalgesellschaften für anwendbar erklärt, die von der ausschüttenden Gesellschaft vor dem 12.12.2001 verbindlich beschlossen wurden und die der direkt oder mittelbar über ein inländisches Wertpapier-Sondervermögen mit weniger als 10% an der ausschüttenden Gesellschaft beteiligten Körperschaft vor diesem Zeitpunkt zugeflossen sind.--Normenkontrollverfahren--

■ **GG Art 3 Abs 1:**

Überdenkungsverfahren, Prüfer, Steuerberater, Steuerberaterprüfung, Bewertungsdifferenz, Anzahl, Verfassung, Abstimmung, Beratung, Zulässigkeit

Bundesverfassungsgericht Az: 1 BvR 970/24

Unzulässigkeit einer gemeinsam abgestimmten Überdenkung durch mehrere Prüfer im Überdenkungsverfahren--Verfassungsbeschwerde--

■ **KStG § 1 Abs 1 Nr 6:**

Betrieb gewerblicher Art, Krematorium, Betriebseinnahme

Bundesfinanzhof Az: XI R 4/24

Führen nach der Einäscherung von Leichnamen in der Asche verbliebene metallische Kremationsrückstände zu Betriebseinnahmen des Betriebs gewerblicher Art (BgA) "Krematorium"?

■ **KStG § 27 Abs 1 S 3:**

Einlagekonto, Auflösung, Gesamtrechtsnachfolge, Ausländische Kapitalgesellschaft, Zufluss

Bundesfinanzhof Az: VIII R 16/24

Feststellung einer Einlagenrückgewähr gemäß § 27 Abs. 8 KStG1. Liegt eine Leistung im Sinne des § 27 Abs. 1 Satz 3 KStG vor, wenn bei der Auflösung einer ausländischen (hier: französischen) Gesellschaft ohne Liquidation sämtliche Vermögensgüter und Verbindlichkeiten im Wege der Anwachsung auf den Alleingesellschafter übergehen und sich die Rechtsfolgen ausschließlich nach dem ausländischen (hier: französischen) Recht bestimmen?2. Reicht es für die Begründung eines Zuflusses beim Anteilseigner aus, dass sämtliche Aktiva und Passiva beim Anteilseigner zu bilanzieren wären?

■ **KStG § 8c Abs 1a S 3 Nr 2:**

Verlustabzug, Beteiligungserwerb, Sanierung, Kleinbetrieb

Bundesfinanzhof Az: I R 9/24

Können Kleinbetriebe den Nachweis der Erhaltung der wesentlichen Betriebsstrukturen für Zwecke der Sanierungsklausel nicht durch die Einhaltung einer Mindestlohnsumme gemäß § 8c Abs. 1a Satz 3 Nr. 2 KStG erbringen?

■ **SGB 5 § 108:**

Umsatzsteuerfreiheit, Krankenhaus, Privatklinik, Sozialversicherung

Bundesfinanzhof Az: XI R 36/23

Umsatzsteuerfreiheit der Krankenhausleistungen einer Privatklinik: Wie ist der Maßstab für die Prüfung, ob Krankenhausbehandlungen und ärztliche Heilbehandlungen sowie damit eng verbundene Umsätze einer Privatklinik i.S. des Art. 132 Abs. 1 Buchst. b MwSt-SystRL unter Bedingungen durchgeführt werden, die mit den Bedingungen für Einrichtungen des öffentlichen Rechts in sozialer Hinsicht vergleichbar sind? Sind die Regelungen des KHG und des KHEntgG bei der Betrachtung heranzuziehen? Ist bei einer Abrechnung von (mehr als) doppelt so hohen Kosten als jenen, die in nach § 108 SGB V zugelassenen Krankenhäusern anfallen, die soziale Vergleichbarkeit zu verneinen?

■ **UmwStG § 20:**

Investitionsabzugsbetrag, Einzelunternehmen, Kapitalgesellschaft, Einbringung, Buchwert

Bundesfinanzhof Az: X R 7/24

Auflösung des Investitionsabzugsbetrags nach Einbringung eines Einzelunternehmens zu Buchwerten in eine Kapitalgesellschaft: Kann der in einem Einzelunternehmen gebildete Investitionsabzugsbetrag auf die Kapitalgesellschaft übertragen werden, wenn das Einzelunternehmen in eine Kapitalgesellschaft zu Buchwerten nach § 20 UmwStG eingebracht wird?

■ **VersStG § 3 Abs 1 Nr 1:**

Versicherungsteuer, Verkaufsaufschlag, Gruppenversicherungsvertrag

Bundesfinanzhof Az: V R 3/24

Versicherungsteuerrechtliche Behandlung sogenannter Verkaufsaufschläge im Zusammenhang mit Gruppenversicherungsverträgen

Gehören Verkaufsaufschläge im Zusammenhang mit Gruppenversicherungsverträgen, die die versicherten Personen an den Versicherungsnehmer entrichten, unter Berücksichtigung des BFH-Urteils vom 07.12.2016 - II R 1/15 (BFHE 256, 534, BStBl II 2017, 360) nicht zum Versicherungsentgelt im Sinne von § 1 Abs. 1 i.V.m. § 3 Abs. 1 VersStG, wenn das Brutto-Entgelt und der hiervon beim Versicherungsnehmer verbleibende Verkaufsaufschlag zuvor nicht fest zwischen Versicherungsnehmer und Versicherer vereinbart wurden?